

# Musikwoche startet mit doppelter Autorenlesung

Gestern wurde die Musikwoche Braunwald eröffnet. Nicht etwa mit Musik, sondern mit einem literarischem Vorspiel. Gemäss dem Wochen-Thema «west-östlicher Dzwang» lasen die Autoren Andrej Kurkow aus der Ukraine und Rati Amaglobeli aus Georgien.

Von Irène Hunold Straub

**Braunwald.** – Es war das dritte Literaturtreffen, das der eigentlichen Musikwoche voranging – basierend auf der Idee, eine Verbindung zwischen Literatur und Musik zu schaffen. Manche Stühle blieben diesmal unbesetzt, im Gegensatz zu den ersten beiden Jahren. Das diesjährige Thema «Literatur zur östlichen Grenze Europas hin – Brücke zwischen West und Ost» war wohl manchem potenziellen Gast weniger vertraut als die einheimischen Autoren vor zwei Jahren oder die bekannten Namen der letzten Austragung.

Russland, EU, Fall der Mauer. Wer dort war, erfährt jedoch einiges über die osteuropäische Kultur. Unternehmens-Kultur-Berater Cyrill Häring wirkte als Moderator. Er gilt als profundster Osteuropakenner. Gemäss ihm spiegelt sich der Umbruch seit dem Fall der Mauer auch in den Werken der Schriftsteller. «Das Verhältnis



Der Kenner und der Autor: Experte Cyrill Häring (links) stellt Schriftsteller Andrej Kurkow vor. Bild Irène Hunold

der Ukraine und Georgiens zu Russland ist ein noch unbewältigtes Thema. In beiden Ländern wird auch die Frage der Stellung in Europa diskutiert», so Häring. Die Literatur der jungen Generation begleitet diese Prozesse kritisch und aufmerksam. Andrej Kurkow las darauf Passagen aus seinem Roman «Die letzte Liebe des Präsidenten» vor, der 2004 erschien und im Jahr 2010 spielt. Er handelt davon, was Geld und Einfluss

bringen, wenn man niemandem mehr trauen kann. Und giftigt in einem Vergiftungsfall. Sechs Monate später kam es zur tatsächlichen Dioxinvergiftung von Wiktor Juschtschenko; das Buch wurde daraufhin zwischenzeitlich verboten. Die deutsche Übersetzung des Romans jedoch wurde 150 000 mal verkauft. Kurkow ist heute einer der bekanntesten Schriftsteller der Ukraine. Er verfügt über einen Sinn fürs Groteske,

und er fängt zynisch ein, wie es hinter den Kulissen der Macht zugeht. Bevor die Diskussion für das Publikum geöffnet wurde und am Nachmittag Rati Amaglobeli sich vor Mikrofon setzte, unterhielt sich Häring mit dem Autor über Themen, die in der Ukraine besonders brennend sind: Über den Nationalismus und die Schwierigkeit, die eigene Identität zu finden, über das Frauenbild oder über das Politikerbild und das typische Männerbild.

## Frischgebackene Glarner Berufsleute

Am der Diplomfeier des BWZ Rapperswil nahmen vier im Glarnerland tätige Hochbauzeichner und zwei Kunststofftechnologien ihre Diplome in Empfang.

Rapperswil. – 111 Lernende bestanden am BWZ Berufs- und Weiterbildungszentrum Rapperswil ihre Abschlussprüfungen. Zu den erfolgreichen Absolventen gehören vier Hochbauzeichner und zwei Kunststofftechnologien, die in Glarner Betrieben ihre Ausbildung absolviert hatten. Die Erfolgsquote von 99,1 Prozent darf sich sehen lassen.

Kämpfen wie bei Ironman. BWZ-Rektor Werner Roggenkemper zog an der Feier von Donnerstag Parallelen zum in Rapperswil-Jona ausgetragenen Ironman: «Wie beim sportlichen Wettkampf braucht es auch im Beruf ständig die Selbstüberwindung beim Erbringen von Leistungen. Sie haben in den letzten Jahren ja auch eine Art Triathlon durchlebt: Betrieb, Schule und Privatleben. In allen Disziplinen war Ihr Einsatz, Ihre Energie gefragt.» (dw)

Die Diplomierten  
**Hochbauzeichner:** Swirin Lechmann, Glarus, Nico Mari, Erwin W. Yarnick Heli, Häbingen, Flavio Padino, Schönenbühl, Kunststofftechnologien: Marcel Bachmann, Linthal, Gerni-Falk Hild, Glarus.

## LESEBRIEFE

### Aviatikzentrum Mollis – ein Schreckensszenario!

Zum Leserbrief «Was aus dem Flugplatz Mollis werden könnte», Ausgabe vom Samstag

Da hat sich einer mit seinen Wünschen gewaltig verstiegen und dabei erst noch die Wohnbevölkerung in Glarus Nord vergessen. Was für Konsequenzen sich ein Riesepaket mit sich bringen würde, können sich alle, die Wert auf eine gute Wohnqualität setzen, selbst vorstellen. Hier seien nur die brisantesten erwähnt: ein Business-Jet-Terminal, Taxi-Business-Service, Zolleinrichtungen. Die Anlagen gedächts als zusätzliche Business-Drehscheibe zum Airport Zürich-Kloten!

Weiter angedacht sind verschiedene Aviatik-Werkbetriebe und ein Flug-Schulungszentrum, wo zwar Simulatoren eingesetzt werden könnten, zur Praxis aber sicherlich auch echte Flugübungen notwendig sein dürften.

Ein wirtschaftlicher Nutzen ist dem Ganzen sicher nicht abzuspüren, obgleich für die gesamte Industrie und Wirtschaft bleibe dahingestellt. Gleiches gilt für den Glarner Tourismus. Ob dieser mit einem Aviatikzentrum einen Schub erhält, dürfte mehr als fraglich sein. Die vermehrte Lärmbelastung hingegen wäre gewiss. Fritz Neeracher, Mollis

# Baubewilligungen geben dem Kanton viel zu tun

Die neuen Gemeinden haben nun bei Baubewilligungen mehr Kompetenzen. Trotzdem werde der Aufwand beim Kanton nicht kleiner, meint die Regierung.

**Glarus.** – Seit Freitag gilt im Kanton Glarus das neue Raumplanungs- und Baugesetz, das die Landsgemeinde 2010 verabschiedet hat. Dieses weist den drei Gemeinden mehr Kompetenzen im Baubewilligungsverfahren zu. So entfällt etwa die bisherige Vorprüfung durch den Kanton. Der Landrat wollte deshalb vom Regierungsrat wissen, wie sich dadurch der Aufwand auf der Kantonsseite reduziere.

Gar nicht, heisst es in der Antwort der Regierung, wie sie in ihrem neuesten Bulletin mitteilt. «Die Aufgabenentflechtung zwischen Kanton und Gemeinden führt zu keiner Entlastung der Baugesuchkoordination.» Grund: Die kantonalen Amtstellen müssten nach wie vor den überwiegenden Teil

der Baugesuche beurteilen. Ausserdem seien sie für Ausnahme- und Spezialbewilligungen zuständig.

Die Regierung stellt sogar in Aussicht, dass der Aufwand eher grösser werden könnte. Der Grund dafür seien neue Vorgaben vom Bund.

Nur zehn Prozent nicht beim Kanton. Der Regierungsrat listet im Detail auf, welche Aufgaben im Baubewilligungsverfahren weiterhin seine Amtstellen zu bewältigen haben. So sei ein Grossteil der Bauvorhaben feuerpolizeilich relevant. Sie gehen schon einmal alle an den Kanton.

Weiter ist der Kanton gefragt, wenn es um Ausnahmebewilligungen für Bauten ausserhalb der Bauzone, für Näherbau an Wald, Gewässer oder Kantonsstrassen, für die Verbauung von Gewässern, für das Bauen im Grundwasser oder für die Beeinträchtigung von Naturschutzobjekten geht.

Und schliesslich müssen mehrere kantonale Ämter ihren Segen geben. Das geht von den Zuständigen für Ge-



Neue Regeln: Das Bauen unterliegt seit Freitag dem neuen Baugesetz.

wässer oder Zivilschutz über die Arbeitssicherheit bis zur Denkmalpflege.

Fazit der Regierung: Die Gemeinden werden etwa zehn Prozent der Gesuche in Eigenregie erledigen können. Und genau so viel hätten sie schon bisher getan. Dann nämlich, wenn nur eine Baueklage gefragt war.

«Schneller nicht möglich» Als Zugabe lässt sich die Regierung zur oft als zu lang kritisierten Bearbeitungsdauer vernehmen. Was die kantonalen Amtstellen angeht, seien die Baugesuche schnell unterwegs, meint sie: «Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer ist kurz.» Nämlich 26 bis 32 Tage in den Jahren 2008 bis 2010. Der gesamte Weg durch die Ämter habe demgegenüber durchschnittlich 40 bis 47 Tage gedauert. Deshalb meint der Regierungsrat: «Der überwiegende Teil der Bearbeitungsdauer ist nicht der kantonalen Verwaltung anzulasten.» Und eine weitere Effizienzsteigerung beim Kanton sei nicht möglich. (df)

## LESEBRIEFE

### Da irrt David Sieber in seinem Kommentar

Kommentar «Direkte Demokratie am Anschlag», Ausgabe vom 29. Juni

In seinem Kommentar attackiert David Sieber die SVP wegen ihrer «sturen» Haltung bezüglich der Ausschaffunginitiative. Ich teile seine Bedenken, was den inneren Zusammenhalt des Landes betrifft. Wir müssen bereit sein, Kompromisse zu finden und zu akzeptieren.

Allerdings ist die Ausschaffunginitiative ein denkbar schlechtes Beispiel. Was hier «erzielt» wurde, ist kein Kompromiss, sondern das Aufwärmen des Gegenvorschlags. Also genau der Vorgang, die das Volk eben

nicht wollte. Was die Experten (erneut) vorschlagen, ist so durchsichtig, dass es selbst einem juristischen Laien klar ist, worauf es hinausläuft: den Zweck der Initiative zu unterlaufen.

Nehmen wir den Vorschlag des Strafmassanstelle des Deliktes zu benutzlichen. Eigentlich eine gute Idee, nur: Schon heute plädieren Verteidiger offen dafür, ihren Klienten bedingte Strafen zu geben, da diese sonst ausgewiesen werden könnten.

Sobald wir die Schwelle bei sechs Monaten anlegen, wird das maximale Strafmass für Ausländer in der Schweiz in Zukunft fünf Monate und 20 Tage betragen. Wie schon bei der bedingten Strafe, die das Parlament nur für Gefängnisstrafen vorgesehen hatte. Im Nu wurden daraus – aus «Gründen der Gleichbehandlung» –

auch bedingte Bussen. Was einen Kriminaltouristen aus den einschlägigen Ländern nun wirklich in Angst und Schrecken versetzt.

Das gleiche gilt für die Einzelfallprüfung. Schon heute lebt eine Heerschar von Juristen von den lukrativen Rekursen und Einsprachen gegen Massnahmen im Aufenthalts- und Asylbereich. Jeder Bescheid wird bis vor Bundesgericht gezogen – nota bene auf unsere Kosten – und am Schluss heisst es, das Verfahren habe zu lange gedauert, man sei es ein Härtefall und der Rekursant darum zum Bleiben berechtigt.

Sobald man anfängt, über solche Entscheide zu diskutieren, hat man schon verloren. Im Justizwesen glaubt man noch immer an den Gürtelnschen. Dabei braucht ein Krimineller

keinen Psychiater, er braucht eine Massnahme in einer «Sprache», die er versteht. Wie sagte doch der alte Goethe: Wer sich den Gesetzen nicht fügen will, muss die Gegend verlassen, wo sie gelten.

Nicht mehr, aber auch nicht weniger forderte die Ausschaffunginitiative. Und wer das neue Ausländerrecht Dänemarks anschaut, kann über das Völkerrechts Argument nur lächeln. Dagegen ist die Ausschaffunginitiative ein mildes Lüftchen. Und ich habe nicht gehört, dass es in der EU deswegen einen Aufschrei gegeben hätte.

Ich bin mir fast sicher, dass David Sieber diese Argumentation in seinen nächsten Kommentar einfließen lassen wird. Peter Straub, Nidels

**IMPRESSUM**  
**Die Südostschweiz**  
AM SONNTAG  
Verlags- und Druckerei AG  
Herausgeberin: Südostschweiz Presse und Print AG  
Verleger: Hanspeter Leimert  
CEO: André Meijer  
Redaktionsleitung: David Sieber (Chefredaktor), Frieder Camina, René Mehmman (Stv. Chefredaktoren), Gisela Fempel (Chefredaktorin), Rolf Häfeli (Redaktion Glarus), Thomas Sinn (Redaktion Gastersee), René Weber (Sport)  
Ab- und Zustellservice: Zwillingstrasse 6, 8750 Glarus, Telefon 0844 226 226, E-Mail: abo-glarus@suedostschweiz.ch  
Anzeigen: Südostschweiz Publikas AG  
Auflage: 52 381 Exemplare (MDMFSW-begünstigt)  
Reichweite: 106 000 Leser (NEMFSW-begünstigt)  
Adresse: Dö 8060 Schwyz, Dorfplatz 6, 8750 Glarus, Telefon 0844 226 226, E-Mail: info@suedostschweiz.ch, Internet: www.suedostschweiz.ch  
E-Mail-Druck: info@suedostschweiz.ch